

# LITERATURBERICHTE

## Zur Ära Kohl 1982–1990

Von Klaus Hildebrand

Andreas WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 6; hg. von Karl-Dietrich BRACHER/Theodor ESCHENBURG/Joachim C. FEST/Eberhard JÄCKEL/Richard SCHRÖDER), München 2006, 847 S.

Dass man eine Zeit, die man persönlich erlebt hat, gleichwohl doch nicht kennt, weil Leben und Geschichte nun einmal zweierlei sind, das weiß man spätestens dann, wenn man Andreas Wirschings Darstellung über die Bundesrepublik Deutschland während der achtziger Jahre des zurückliegenden Jahrhunderts gelesen hat. Seinen Anfang nimmt dieses historische Kolossalgemälde, das von der großzügig entworfenen Skizze bis zur fein ziselierten Miniatur alle Möglichkeiten der Historiographie ausschöpft, mit jener immer wieder beschworenen „Wende“ im Jahr 1982, die mit so viel Kontinuität einherging. Und sie schließt im „deutschen Jahr 1989“ bzw. mit der weltgeschichtlichen Zäsur des Jahres 1990, als das Provisorium der Bundesrepublik Deutschland, das kurz davorstand ein Definitivum zu werden, sich erneut als Transitorium erwies und im wiedervereinigten Nationalstaat der Deutschen aufging.

Dazwischen liegt nicht mehr als eine knappe Dekade der Entwicklung, acht Jahre freilich, die es in sich haben. Sie begannen so normal, wie sie schließlich sensationell endeten. Das Sensationelle ihres Endes aber war im Grunde nichts anderes als eine Rückkehr zum Normalen, nämlich zur Normalität einer nationalstaatlichen Existenz. Im Zeitraum zwischen 1982 und 1990 vollzog sich allerdings ein Gestaltwandel der allgemeinen Verhältnisse, der mit einer förmlichen Revolution der Lebenswelt einherging. Ihre Auswirkungen werden sich möglicherweise, in noch gar nicht absehbaren Perspektiven, als entwicklungs-mächtiger erweisen als die Existenz des staatlichen Provisoriums am Anfang und des wiedervereinigten Nationalstaates am Ende dieser Geschichte.

Mit einer Rekonstruktion der Vorgänge um den Regierungswechsel und die unechte Vertrauensfrage, die zu den Neuwahlen des Jahres 1983 führte, lässt Andreas Wirsching sein großes Werk beginnen. Damit war der Auftakt zur Kanzlerschaft Helmut Kohls markiert, der den „Antityp des Zeitgeistes“ verkörperte, der stets, jedenfalls in allem wesentlichen, unbeirrbar blieb und der nicht zuletzt Wahlen zu gewinnen verstand, obwohl so viele, die in diesem Land etwas zu sagen hatten, ununterbrochen sein Ende prognostizierten.

In ihren verdachtsbestimmten Zweifeln wurden sie dabei durch jene von Andreas Wirsching so genannte „chronique scandaleuse“ bestärkt, die vor allem die Anfänge der neuen Regierung belastete – von der „Wörner-Kießling-Affäre“ über den „Parteispenden-Skandal“ bis zum „Gorbatschow-Goebbels-Vergleich“. Vergewenwärtigt man sich Anzahl und Beschaffenheit all dieser unliebsamen Vorfälle im Rückblick, die in der „Barschel-Pfeiffer-Affäre“ des Jahres 1987, dem Menetekel des missbrauchten Staates schlechthin, ihre problematische Fortsetzung fanden, dann kommt es einem zuweilen tatsächlich so vor, als liege ein Überlebensspezifikum der Demokratie darin, durch die Inkaufnahme zahlreicher kleiner Krisen den Ausbruch der einen großen Krise regelmäßig zu umgehen. Allein, was bleibt und zählt, ist die historische Tatsache, daß der damals amtierende Kanzler, ganz im Sinne seines Vorgängers Helmut Schmidt, in der die Republik tief spaltenden Nachrüstungsdebatte Standhaftigkeit bewies, ohne Wenn und Aber an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika verharrte und dort, wo so viel von menscheitsbeglückender Moral die Rede war, ganz nüchtern deutsche Interessen wahrnahm.

Das tat er im Angesicht eines grundlegenden Wandels des Parteien- und Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland, dessen erheblich veränderte Gestalt Andreas Wirsching dem Leser ungemein kenntnisreich nahe bringt. Seine Betrachtungen über die „neue politische Kraft“ der Grünen beispielsweise, jenen ganz unterschiedliche Gruppierungen umfassenden, durch und durch heterogenen Zweckverband zur Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde, ja deren „Artefakt“ geradezu, gehören ohne Zweifel zum Besten, was die Wissenschaft dazu vorgelegt hat. Eben dies gilt für seine Analyse über die gesteigerte Systemkomplexität und das gewachsene Blockadepotential der zahlreichen Vetospieler im parlamentarischen System auf der zentralen und föderalen, der parteipolitischen und gesellschaftlichen Ebene gleichermaßen. Die Bundesrepublik Deutschland, so lautet sein abschließender Befund, „verlor ein weiteres Stück ihrer Steuerungskapazität“. Das scheint übrigens, wenn man die davon geplagte Geschichte der Moderne insgesamt überblickt, im Prinzip ein beinahe zeitenthobenes Phänomen zu sein, klagte doch beispielsweise der britische Premierminister Lord Salisbury schon vor mehr als hundert Jahren irgendwie vergleichbar, zumindest vergleichbar ratlos: „Regierungen können heute so wenig bewirken und so wenig verhindern. Die Macht ist den Händen der Staatsmänner entglitten, aber ich wäre überfordert zu sagen, in welche Hände sie gegangen ist.“

Nun, diese mit weitreichenden Konsequenzen behaftete Tatsache der abhanden gekommenen Gestaltbarkeit der Dinge hat wiederum mit dem zu tun, was der Autor mit „Strukturwandel als Schicksal“ überschreibt. Seine eingehende Abhandlung über „Wirtschaft und Finanzen zwischen Anpassungskrise und neuem Wachstum“ liest sich denn auch wie eine einzige große Widerlegung der handlungsgewissen Überzeugung Napoleon Bonapartes, mit der der

korsische Usurpator im Jahre 1808 Johann Wolfgang von Goethe gegenübergetreten war: „Die Politik ist das Schicksal“. Die Überpersönlichkeit der wirtschaftlichen Prozesse erklärt nämlich, bis zu einem gewissen, ja maßgeblichen Teil jedenfalls, die vielbeschworene und gleichwohl doch nicht zum Nennwert gültige Unregierbarkeit moderner Gemeinwesen.

Gewiss, der Glaube an die keynesianische Machbarkeit einer immerwährenden Konjunktur blieb jetzt erst einmal auf der Strecke. Und dennoch wurde er, binnen weniger Jahre nur, von einem dazu genau entgegengesetzten Bekenntnis abgelöst, das freilich nichts anderes darstellt als eine neue Überzeugung von der menschlichen Verfügbarkeit über die allgemeinen Verhältnisse – dieses Mal präsentierte sie sich als die volkswirtschaftliche Lehre von einer angebotsorientierten Herstellbarkeit der ökonomischen Abläufe: Der *homo faber* gibt eben niemals auf, versucht es immer wieder, mal so und mal so, und bleibt doch, nicht mehr und nicht weniger, zugleich Herr und Diener der säkularen Entwicklungen.

Diese Dialektik der Geschichte tritt noch schärfer zutage, wenn Andreas Wirsching die „Gesellschaft im Umbruch“ untersucht – da ist der Autor, ganz unübersehbar, bei der scharfsinnigen Durchdringung der scheinbar undurchschaubaren Vielfalt so in seinem Element, daß die Lektüre ein Erkenntnisvergnügen um das andere bereithält. Der „demographische Epochenwandel“ und die sozialstaatliche Krise, die Entstandardisierungen der Lebensläufe und der „Religionskrieg“ um die traditionellen Sicherungssysteme, die rapide voranschreitende Individualisierung und die dadurch bedingte Pluralisierung verweisen, von der unsichtbaren Hand des Verfassers sichtbar gemacht, auf die sich türmenden Widersprüche der Moderne, die in oftmals verwirrender Art und Weise vom Alltag der Menschen Besitz nahmen: „Dem unleugbaren Gewinn an frei verfügbarer Zeit“, diagnostiziert der Autor eines der am weitesten verbreiteten Leiden unserer Gegenwart, „entsprach doch zugleich die Erfahrung fortschreitender Beschleunigung und dauernden Zeitmangels.“ Zwischen Fortschrittsgewissheit und Dekadenzprognose, zwischen Hoffnung auf das säkulare Paradies und Visionen vom nahenden Untergang, zwischen Arkadien und Armageddon sozusagen, hält die Heterogenität der achtziger Jahre alles bis zur Unvereinbarkeit Widersprüchliche bereit – und gleichwohl hat es die Bundesrepublik Deutschland, diese Verkörperung des Verbindend-Verbindlichen *par excellence*, immer wieder geschafft, jenseits der Extreme den Weg der Mitte zu finden.

Freilich, die Gratwanderung wurde, weil die geschichtsmächtigen Epochenenden der Moderne, die Säkularisierung, die Urbanisierung und die Emanzipierung, stets neue Höhepunkte ihrer sich mehr und mehr beschleunigenden Fahrt erreichten, zunehmend beschwerlich, unbequem und auch riskant. Aus den kaum mehr überschaubaren Freiheiten der Wahl, in den neu entstandenen unorthodoxen Milieus der Zeit zumal, brachen neue Probleme und Gefähr-

dungen hervor, stellten sich mithin nicht nur Chancen und Vorteile ein, sondern stiegen auch Angst und Protest empor. Stichworte wie „Waldsterben“ und „Buschhausen“, „Wackersdorf“ und „Tschernobyl“ symbolisieren diesen vielschichtigen Zusammenhang. Immer unversöhnlicher begegneten sich nämlich die Erregung der Betroffenen und die Pragmatik der Politik: Diese bekam es, je weiter die Zeit voranschritt, mit einer sich verselbständigenden, gleichsam professionalisierten Spezies an gewaltbereitem Potential zu tun, das sich, staatlich geduldet, in den militanten Gegenwelten von Berlin-Kreuzberg und der Hamburger Hafenstraße dauerhaft einrichtete. Schwer fiel es dem darüber oftmals erschrockenen Bürger, manches nur scheinbar Zusammengehörende voneinander zu unterscheiden und beispielsweise die gewiss vorhandenen Grenzen zur dritten Generation der RAF so ohne weiteres auszumachen. Von ihren Verbrechen aber wurde die Republik jetzt aufs Neue heimgesucht: Die Morde an Repräsentanten des so genannten Systems von Ernst Zimmermann über Karl-Heinz Beckurts, Gerold von Braunmühl bis hin zu Alfred Herrhausen hinterließen ihre blutige Spur.

Schwierig zu diagnostizieren, kaum zu erfassen, geschweige denn zu erklären, so hat man prima vista fast den Eindruck, ist schließlich jener „Geist der achtziger Jahre“, vor dessen verwirrender Vielfalt Andreas Wirsching jedoch keineswegs kapituliert. Er begreift ihn vielmehr als eine Kultur, die noch weit uneinheitlicher, gespaltener, ja zerrissener wirkt, als das die Kulturen anderer Zeiten auch schon zu sein pflegten. Im Grunde entdeckt er im postmodernen Aufbruch eine gigantische Inszenierung der Ichbezogenheit. Die neuen „Hedonats“, Hedonisten und Materialisten in einem, widmeten nahezu alle „Pflicht- und Akzeptanzwerte“ zu „Selbstentfaltungswerten“ um und erhoben den Spaß am Leben auf materiell gesicherter Basis zum verbindlichen Daseinszweck: „Höhere Bildung und gewachsener Wohlstand hatten hierfür ebenso die Bedingungen bereitgestellt“, so erläutert der Autor diesen Übergang zum neuen Narzissmus, „wie die beschleunigte Entindustrialisierung und ‚Tertiärisierung‘ der Arbeitswelt.“

Indes, die Unendlichkeit des Möglichen zeigte, wie Geschichte zu allen Zeiten so auch jetzt, ihr Janusgesicht: Zukunftsangst und Entpolitisierung, die Kehrseite der „brave new world“, machten sich nachteilig bemerkbar. Alles verlangte auch dieses Mal seinen Preis: Die neuen Technologien der Digitalisierung und der neue Optimismus der Modernisierungsgewinner gingen mit der Existenz einer Zweidrittelgesellschaft und sozialer Polarisierung einher; der Pluralismus der Verhältnisse mündete ein in eine unverkennbare Uniformierung des Alltags; die vermehrten Angebote der exponentiell expandierenden Fernschwelt bewahrten beileibe nicht vor einem rapiden Qualitätsverlust der Programme, im Gegenteil.

Mit der Erosion der alternativen Milieus aus den siebziger Jahren, also auf dem Weg von der „Müsli- zur Yuppie-Kultur“, machte sich viel individueller,

ökonomischer und gesellschaftlicher Egoismus breit. Alte und neue Armut existierten nebeneinander, die eine abnehmend und die andere wachsend. Während die Bedeutung der traditionellen Armutgruppen, der Alten, Witwen, Kranken und Behinderten, zurückging, nahm die Zahl der Sozialhilfe beziehenden Arbeitslosen, jüngeren Männer, alleinerziehenden Frauen und Familien mit Kindern dagegen stark zu, „sowohl in der ansässigen als auch in der zuwandernden Bevölkerung“. Und alle, alle blickten sie verlangend und erwartungsvoll auf den inzwischen hoffnungslos überforderten Sozialstaat.

Das alles und vieles mehr wird einem klar, wenn man sich in Andreas Wirschings opus magnum vertieft. Seinem forschenden und bohrenden, ordnenden und erklärenden Bemühen entgeht buchstäblich nichts, was die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts konstituiert hat: Vom unorthodoxen Alltag der „neuen Frauenbewegung“ bis zum modischen Konformismus der auf Hochglanz gedruckten Lifestyle-Magazine wie „Cosmopolitan“, „Elle“ und „Marie-Claire“ reicht seine Darstellung, die Emanzipierte und Nicht-Emanzipierte, Lesben und Heterofrauen, Nicht-Mütter und Mütter, Aussteigerinnen und Karrierefrauen leidenschaftslos und objektiv unter die Lupe nimmt – nur die Damen, wenn dies anzumerken erlaubt sei, fehlen in diesem Reigen des Ungewöhnlichen, was nicht zuletzt daran liegen dürfte, daß es die dazugehörigen Herren auch kaum mehr gibt.

Doch zurück zur Sache: Allein schon die gewandelte Begriffswahl gibt nicht selten zu erkennen, wie – vor allem durch die nimmermüde Aktivität der Impulse verleihenden und um Sekundärzündungen bemühten Medien – aus der Mehrheit eine Minderheit wird und wie Minderheiten sodann die Mehrheit übernehmen. Alles in allem: Die Unübersichtlichkeit, die Unverfügbarkeit, die Unsteuerbarkeit der Gesellschaft wirkt so übermächtig, daß einem die vielgescholtenen Politiker, die damit ja nun einmal zu tun haben, irgendwie schon wieder Leid tun können.

Und dann bietet sich doch, wenn man weiter liest und zur Geschichte der Außenpolitik jener Jahre vordringt, ein ganz anderes Bild. Ohne die auch in diesem Zusammenhang fordernden Zwänge im entfernten zu verkennen, wird doch unübersehbar deutlich, daß der Bundeskanzler mit einer vom widrigen Zeitgeist und seinen einflussreichen Repräsentanten aufs äußerste bekämpften Beharrlichkeit am westlichen Bündnis festhielt, und zwar voll und ganz und eben nicht nur halb und halb. In den Vereinigten Staaten von Amerika aber waren die Präsidenten Reagan und Bush, anders als andere vor ihnen, jetzt dazu entschlossen, „to end and to win the cold war“. Ungeachtet der historischen Bedeutung, die den gegen die Diktaturen im Ostblock aufbegehrenden Massen, nicht zuletzt in der untergegangenen DDR, zuzurechnen ist, steht für den Autor gleichwohl außer Frage, „daß der Schlüssel zu einer Wiedervereinigung Deutschlands (und Europas) weder in Bonn noch in Leipzig und auch nicht in Paris oder London lag. Vielmehr lag er anfangs allein in Moskau,

später dann auch in Washington. ... Existenzbedingungen und Handlungsspielräume beider deutscher Staaten blieben abhängig von der weltpolitischen Großwetterlage, der Haltung der Sowjetunion und den Beziehungen der Supermächte untereinander.“

Weil die Amerikaner, kurz bevor die nach Anerkennung verlangende Normalität der Teilung normierende Akzeptanz erhielt, nicht mehr länger auf Ausgleich, sondern auf Sieg setzten, mussten die Sowjets, denen im ehrgeizigen SDI-Projekt ihres weltmächtlichen Konkurrenten die eigene technologische Unterlegenheit beinahe ultimativ vor Augen geführt wurde, schließlich, ja sogar vergleichsweise rasch kapitulieren. Die sich damit auftuende Chance der Weltgeschichte aber ergriff Helmut Kohl, der vom Gedanken und Ziel der Wiedervereinigung niemals abgerückt war, ebenso entschlossen wie kühn – zumal ihm auf allen Feldern deutscher Außenpolitik, von der Europa- bis zur Deutschlandpolitik, die finanziellen Reserven, die ihm großzügig zur Verfügung standen, politische Handlungsspielräume zu eröffnen mithalfen.

Aber, wie es sich für eine historische Darstellung gehört, die diesen Namen verdient, bringt Andreas Wirsching durchaus Verständnis, viel Verständnis sogar, für andere Positionen der Außen- und Deutschlandpolitik auf, die eben in der Existenz der Teilung die historische Chance der Deutschen suchten. Mehr noch: Gerade die Tatsache einer unvermuteten Gunst, die den Zeitgenossen mit der Wiedervereinigung beschert wurde, scheint die Skepsis des Historikers angefacht zu haben, der stets auch nach der anderen Seite der Medaille Ausschau zu halten hat. Denn zu der weithin akzeptierten These, die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als Erfolgsgeschichte zu beurteilen, die sich 1990 erfüllt habe, geht der Autor behutsam auf Distanz. Er blickt über die Zäsur des Jahres 1990 hinaus und lässt, zumindest zwischen den Zeilen, die Frage anklingen, ob nicht Wünsche, die sich erfüllt haben, vielleicht einmal in einem ganz anderen, viel weniger eindeutigen, möglicherweise sogar recht getrüben Licht, als problematische Resultate sozusagen, erscheinen könnten.

Damit eröffnet Andreas Wirsching, das lässt sich unschwer absehen, eine große Debatte: Sie ist übrigens mutatis mutandis schon einmal, nämlich im Hinblick auf die Zäsur des Jahres 1890, geführt worden und dauert nach wie vor an. Die einen sind nämlich, was diesen inzwischen ein Jahrhundert deutscher Geschichte zurückliegenden Zusammenhang angeht, davon überzeugt, so lange wie Otto von Bismarck bis zum Epochenjahr 1890 regiert habe, sei der Friede des jungen Nationalstaates und des alten Europa gesichert gewesen und erst danach von den wilhelminischen Erben ebenso leichtfertig wie schicksalhaft verspielt worden. Und die anderen halten dagegen, über den Einschnitt des Jahres 1890 hinaus hätten subkutan wirkende Dispositionen der Entwicklung, für die nicht zuletzt Otto von Bismarck selbst verantwortlich gezeichnet habe, ihre fatalen Folgen entwickelt, welche die eine Epoche mit der anderen,

also auch die Phänomene von Krieg und Frieden, über das historische Datum von 1890 hinaus miteinander verbunden hätten.

So nimmt es sich, folgt man Andreas Wirschings vorsichtig andeutenden Überlegungen, in vergleichbarer Art und Weise, von der Frage nach Krieg oder Frieden ganz selbstverständlich abgesehen, auch im Hinblick auf das Jahr 1990 aus. Über dem Erfolg der nationalstaatlichen Wiedervereinigung sind die sich inzwischen bemerkbar machenden Bürden des anfangs noch gar nicht ganz verstandenen Glücks nicht mehr länger zu verkennen. Weit gehen ihre Wirkungen nämlich über das hinaus, was der Autor in seinem Werk untersucht hat: „Vielmehr untertunneln die hier in Frage stehenden Basisprozesse das Datum 1989/90“, so beschließt er seine zum Nachdenken über die Zukunft auffordernde Darstellung über unsere jüngste Vergangenheit, „und – mehr noch – sie verändern die Bewegungsrichtung der Narration: Die Lasten der Einheit fordern nach 1990 das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem ohnehin bis an seine Grenze. Zugleich freilich hat die Wiedervereinigung die langfristig akkumulierten Verwerfungen der *alten* Bundesrepublik noch einmal katalytisch verstärkt, indem sie ein im Kern unreformiertes westdeutsches Wirtschafts-, Steuer- und Sozialsystem ebenso auf die neuen Länder ausdehnte wie eine von Wohlstand, Individualisierung und ‚feinen Unterschieden‘ geprägte Leitkultur. Das 1990 triumphierende Erfolgsmodell der ‚alten‘ Bundesrepublik beruhte auf einer Voraussetzung, die es brauchte wie die Luft zum Atmen, nämlich wirtschaftliches Wachstum und produktive Arbeitsplätze. Umso nachdrücklicher stellt sich die Frage, als wie stabil sich die hochindividualisierte, aber sozialstaatlich rückversicherte ‚neue‘ Bundesrepublik *ohne* wirtschaftliches Wachstum und bei möglicherweise sinkender Prosperität erweisen wird.“

